

Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit der nationalen Finanzpolitik muss auch mit dem geänderten Stabilitäts- und Wachstumspakt gesichert sein!

ECOFIN-Präsident Juncker im Gespräch mit den "Young Members"

Nachdem die Staats- und Regierungschefs den Stabilitäts- und Wachstumspakt anlässlich des letzten Ratstreffens in Brüssel grundlegend verändert haben, nutzten die jungen Abgeordneten der EVP-ED-Fraktion ihr Gespräch mit dem Ratspräsidenten und ECOFIN-Präsidenten Jean-Claude Juncker Anfang der Woche dazu, ihre massiven Bedenken gegenüber den vom Rat beschlossenen Änderungen zu äußern. Das Europäische Parlament war an diesen Änderungen nicht beteiligt, was aus Sicht der jungen Abgeordneten ein demokratisches Defizit darstellt.

Für ein europaweit einheitliches Vorgehen in puncto Haushaltspolitik sei eine erweiterte Zahl von Kriterien wünschenswert, so die Abgeordneten. "Für die junge Generation ist es vor allem wichtig, dass Nachhaltigkeit eine größere Rolle in der Budgetpolitik der Mitgliedstaaten spielt. Es sollte daher klare Obergrenzen für Staatsschulden geben und das langfristige Ziel müssen ausgeglichene Haushalte sein ", so die jungen Abgeordneten. Auch wenn aus deutscher Sicht die Überarbeitung des Paktes zum falschen Zeitpunkt gekommen sei, so mache es durchaus Sinn, sich über eine Neuregelung über Rücklagen aus Budgetüberschüssen zu einigen. So sei Luxemburg beispielsweise die Verwendung von Überschüssen aus Vorjahren als Defizit bildend von der Kommission angerechnet worden. Wenn jedoch keine Anreize zur Entstehung von Überschüssen bestehen, werden auch keine Anstrengungen unternommen, diese zu erzielen. Dies sei nicht im Sinne einer nachhaltigen Budgetpolitik.

Es gebe Grenzen der Solidarität, sowohl was die Beziehungen zwischen den Generationen, aber auch was die Beziehungen zwischen den Mitgliedstaaten betreffe, argumentierten die jungen Abgeordneten. Klare, verbindliche Vorschriften seien daher unerlässlich. Deshalb stieß die Veränderung der 3-Prozent-Regelung im Hinblick auf die Neuverschuldung auf Kritik bei den Abgeordneten, die dadurch ein weiteres Ansteigen der Defizite befürchten.

Um die nachhaltige Wirkung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes zu stärken, plädierten die jungen Abgeordneten für klare Sanktionen bei Verstößen und bessere Mechanismen zur Durchsetzung des Paktes. Über einen solchen Mechanismus verfüge die Europäische Zentralbank, die über den mehr oder weniger umfangreichen Rückkauf von Staatsanleihen regulierend auf die Haushaltspolitik der Mitgliedsstaaten einwirken könne. Ein Mittel, das die Europäische Zentralbank bisher jedoch noch nicht genutzt habe.

Kritisiert wurde ebenfalls, dass es Staaten möglich ist, ihre Aufgaben auf Public Private Partnerships zu übertragen, was etwa Ver- und Entsorgungsdienstleistungen oder den Bau und den Betrieb von Immobilien und Straßen betrifft. Die Kosten dafür müssen nicht zum aktuellen Haushaltsdefizit hinzugerechnet werden. Dies sei aber nur eine Verschiebung der Probleme auf Morgen, denn die gesamten Kosten treffen die Bürgerinnen und Bürgern in 20 Jahren, der Nutzen der heutigen Investitionen sei dann aber nicht mehr gegeben. Das sei ein Beispiel generationenungerechter Politik, der der Pakt in Zukunft entgegenwirken müsse.

Der amtierende Ratspräsident Jean-Claude Juncker hingegen zeigte sich überzeugt, dass trotz der Änderung einiger Punkte im Pakt, keine negativen Konsequenzen für zukünftige Generationen zu befürchten seien, sondern dass das Überleben des Paktes erst durch die Änderungen sichergestellt worden sei.